

Falsch, *Politico*, der Klimawandel bedroht nicht das Überleben der EU, wohl aber die Klimapolitik

geschrieben von Chris Frey | 25. Februar 2025

Linnea Lueken

In einem kürzlich erschienenen [Politico-Artikel](#) mit dem Titel „Climate change threatens EU's survival, German security report warns“ [etwa: Der Klimawandel bedroht das Überleben der EU, warnt ein deutscher Sicherheitsbericht] wird behauptet, dass „die globale Erwärmung Konflikte, Hunger und Migration weltweit verschärfen wird, mit wachsenden Risiken für Europa“. Diese Behauptungen werden durch Beweise widerlegt. In Wirklichkeit leidet die Welt nicht unter einer Destabilisierung aufgrund des Klimawandels, sondern viel eher wird die europäische Bevölkerung unter der Klimapolitik leiden, wie Politico kurz erwähnt.

Politico berichtet über einen „bahnbrechenden“ politischen Bericht des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND), der versucht, „die Gefahren des Klimawandels für die deutsche und europäische Sicherheit in den nächsten 15 Jahren zu bewerten“. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass „die destabilisierenden Auswirkungen des Klimawandels die Migration und die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben werden und wirtschaftliche und politische Umwälzungen drohen“, und dass „die ungleichen Auswirkungen der steigenden Temperaturen in der EU – wobei die südlichen Länder stärker betroffen sind als andere – den Block auseinander zu reißen drohen“.

Politico behauptet weiter, dass mit dem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur „auch die Häufigkeit, Schwere und Intensität von Überschwemmungen auslösenden extremen Regenfällen, tödlichen Hitzewellen, erntezerstörenden Dürren und die Bedingungen, unter denen sich Waldbrände leicht ausbreiten, zunehmen“.

Diese Behauptungen sind durchweg falsch, wie sämtliche verfügbaren Daten beweisen.

Während die Niederschläge in den nördlichen Breitengraden, in denen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union liegen, leicht zugenommen haben, ist dies bei den extremen, Überschwemmungen verursachenden Niederschlägen nicht der Fall. Behauptungen, dass die jüngsten Überschwemmungen durch den Klimawandel „verstärkt“ oder verschlimmert wurden, sind reine Spekulationen auf der Grundlage von Zuordnungsmodellen. Daten und historische Aufzeichnungen über die Häufigkeit und Schwere von Überschwemmungen widerlegen die Behauptung,

dass es noch nie so viele Überschwemmungen gegeben hat. Die jüngsten Überschwemmungen in Spanien beispielsweise wurden von den Verursachergruppen dem Klimawandel zugeschrieben, aber der Sturm, der Spanien heimsuchte, entsprach einer langen Geschichte ähnlicher Stürme, die nicht schwerer oder häufiger werden. In dem [Beitrag](#) bei Climate Realism „Flooding Facts Drowned by Climate Hysteria: The BBC Ignores Spain’s Weather History“ [etwa: Fakten zu Überschwemmungen werden durch Klimahysterie ertränkt: Die BBC ignoriert Spaniens Wettergeschichte] beschreiben die Meteorologen Anthony Watts und H. Sterling Burnett die Geschichte der von den Überschwemmungen betroffenen Region:

„*Valencia, das an der Mündung des Turia-Flusses in das Mittelmeer liegt, wurde beispielsweise 1897, 1957 und 1996 von ähnlichen Überschwemmungen heimgesucht, also vor 127, 67 bzw. 28 Jahren der Erwärmung, als die Temperaturen niedriger lagen als heute.*“

„“

Wie Caroline Angus' Bericht über die Überschwemmung in Valencia 1957 zeigt, sind diese Bedingungen weder neu noch beispiellos. Die Fokussierung der BBC auf den „Klimawandel“ und eine wärmere Atmosphäre als Hauptursache für die jüngsten Überschwemmungen ignoriert die atmosphärischen Prozesse, die diesen Stürmen zugrunde liegen, und spielt das wiederkehrende Muster ähnlicher Naturereignisse herunter.

Ebenso hat Climate Realism andere regionale europäische Überschwemmungereignisse [entlarvt](#).

[Hitzewellen](#) und [Dürren](#) werden ebenfalls nicht schlimmer, und entgegen den Behauptungen von Politico und dem deutschen Bericht geht die Getreideproduktion in Europa aufgrund dieser Bedingungen nicht zurück, wie in zahlreichen Beiträgen zum Thema Klimarealismus dargelegt wurde, z. B. [hier](#) sowie [hier](#) und [hier](#). Auch die Waldbrände sind weltweit [rückläufig](#).

Interessanterweise räumen Politico und der deutsche Bericht ein, dass die Reaktion der Regierung auf den Klima-Alarmismus ebenfalls zu Spannungen führen kann. Politico berichtet, dass politische Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels „zu Spannungen führen werden, da die Bepreisung von Kohlenstoff – das Rückgrat der EU-Klimabemühungen – unverhältnismäßig stark ärmere Haushalte betrifft“. Diese Tatsache sollte jedem klar sein. Kohlenstoffpreise stören die Eliten nicht, die sich höhere Energiepreise leisten können.

Politico und die Autoren des Berichts warnen auch davor, dass „die Kosten der Dekarbonisierung und ihre (gefühlt) ungerechte Verteilung ... Raum für Populismus, Rechts- und Linksextremismus und Desinformations-Kampagnen bieten [...]“.

Diese Behauptung sollte weiter ausgeführt werden, denn sie hat bereits zu Spannungen geführt und zu einer wachsenden Bedrohung der europäischen

Lebensmittelversorgung beigetragen, was zu häufigen Massenprotesten der [Landwirte](#) in mehreren Ländern führte. Und nicht nur das, es ist nicht nur eine Wahrnehmung, dass die Verteilung der Kosten ungerecht ist, es ist eine Tatsache. Abgesehen von der Kohlenstoffsteuer ist die Förderung von Elektrofahrzeugen eine Subvention für ein Luxusprodukt, das sich die meisten nicht leisten können. Londons „Ultra Low Emission Zones“ ([ULEZ](#)) sind im Grunde eine Steuer für die Armen, die sich den Kauf neuer Elektro- oder emissionsarmer Hybridfahrzeuge nicht leisten können.

Was für Europa in Bezug auf die Pflanzenproduktion gilt, gilt auch für andere wichtige Pflanzen produzierende Teile der Welt, so dass der Klimawandel keine Massenmigration auslöst oder wahrscheinlich auslösen wird, die Europa destabilisieren könnte. Climate Realism hat in mehreren Beiträgen Behauptungen widerlegt, dass der Klimawandel eine Massenauswanderung verursacht, z. B. [hier](#) sowie [hier](#) und [hier](#).

Wenn Politico und die deutsche Regierung besorgt sind, dass „Populismus“ und rechtsgerichtete Sympathien in ihren Ländern aufgrund von Sorgen über Masseneinwanderung aus instabilen Teilen der Welt zunehmen, dann könnten sie vielleicht Zuwanderungs-Beschränkungen verhängen und müssten nicht den Klimawandel dafür verantwortlich machen.

Es ist beschämend, dass Politico und die deutsche Regierung den Schaden herunterspielen, den die unnötige, ungerechtfertigte Klimapolitik, die sie unterstützt haben, für die Europäer bedeutet. Die Wetterextreme werden nicht schlimmer, aber die Auswirkungen der staatlichen Überregulierung und Besteuerung im Namen des Klimawandels sehr wohl.

Link:

<https://climaterealism.com/2025/02/wrong-politico-climate-change-does-not-threaten-the-eus-survival-but-climate-policy-does/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE